

## **Frage Nr. 1266 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur Gesundheitsversorgung in der DG**

Die Situation in der Gesundheitsversorgung der DG scheint sich zuzuspitzen. Mehrere Ereignisse veranlassen uns, den kommenden Monaten mit Besorgnis entgegenzusehen.

Da wäre zunächst die Organisation der Not- und Bereitschaftsdienste der Apotheken, die jetzt in Zusammenarbeit mit den frankophonen Nachbargemeinden organisiert werden<sup>1</sup>.

Ein weiterer Punkt ist der Krankentransport im Norden der DG, der ja in der letzten Kontrollsitzung schon ein Thema war, ich gehe daher heute darauf nicht weiter ein. Hinzu kommt jetzt die Tatsache, dass das Eupener Krankenhaus tatsächlich gezwungen ist, Mitarbeiter zu entlassen bzw. ihre Verträge nicht zu verlängern. Zwar handelt es sich um Stellen, die nicht direkt mit der Pflege zu tun haben, die Arbeit wird jedoch von den verbleibenden Kollegen verrichtet werden müssen und könnte zu einer Überlastung führen.

Unseren Informationen zufolge wurde mit den Entlassungen schon begonnen.

Besorgniserregend ist auch, dass manche Dienste zeitweise geschlossen werden, wie beispielsweise - aufgrund von Personalmangel, Krankheit und Urlaub - die Neurologie zwischen dem 6.2. und dem 27.2.2023.

In diesem Fall konnte anscheinend auch nicht auf die Neurologie in St.Vith zurückgegriffen werden, die ebenfalls zeitweise geschlossen war.

Wir erfuhren außerdem, dass kürzlich gleich drei Ärzte im Eupener Krankenhaus ihre Kündigung einreichten. Es handelt sich um eine Kardiologin, eine Onkologin und eine Fachärztin der physikalischen und rehabilitativen Medizin, allesamt deutschsprachig und mit großer Wahrscheinlichkeit schwer zu ersetzen.

Meine Fragen an Sie, in Ihrer Funktion als Gesundheitsminister und Vermittler in der Krankenhauslandschaft in der DG, welcher für die Prävention zuständig ist:

1. Wurden Sie über die Entwicklung im Eupener Krankenhaus informiert?
2. Welche Mittel stehen der Regierung zur Verfügung um diesem schlechten Allgemeinzustand des Gesundheitssystems Abhilfe zu verschaffen?

### **Antwort des Ministers:**

Wie bereits in der letzten Regierungskontrolle angesprochen, muss die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht über personalinterne Angelegenheiten der Krankenhäuser informiert werden. Personelle und finanzielle Entscheidungen der Krankenhäuser obliegen der Krankenhausdirektion und dem Verwaltungsrat der jeweiligen Häuser.

Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit Ärzten.

Welche die Gründe für die Beendigung der Zusammenarbeit mit den selbstständigen Fachärzten ist, ist uns offiziell nicht bekannt. Die Regierung kann nicht einmal bestätigen, dass alle drei Ärztinnen tatsächlich das Krankenhaus verlassen werden,

---

<sup>1</sup> <https://ostbelgiendirekt.be/notdienste-apotheken-dg-345109>

da noch verschiedene Gespräche laufen. Aber derartige Verhandlungen gehören nicht in die Öffentlichkeit. Ich möchte mich deshalb nicht an Spekulationen beteiligen.

Ich weiß, dass der Chefarzt des St. Nikolaus Hospitals gemeinsam mit seinen Kollegen sehr bemüht ist, Lösungen zu finden. Das gilt auch für die Anwerbung neuer Ärzte. Denn wie bei jedem Krankenhaus gibt es Abgänge, aber auch Neuzugänge. Das gilt zum Beispiel auch für die Onkologie, wo ein neuer Onkologe die Arbeit wiederaufgenommen hat. Oder für die neue Pneumologin bzw. für zwei Gynäkologinnen und viele andere.

Ob Unterstützung unsererseits notwendig ist, müssen die Verantwortlichen selbst abschätzen. Wir haben unsere Hilfe mehrfach angeboten.

Man muss aber auch die Verantwortlichen arbeiten lassen, anstatt jedes Mal trotz fehlender Zuständigkeit und aufgrund von Teilinformationen jeden Schritt öffentlich sezieren zu wollen. Die Verwaltungsratspräsidentin des bereits angesprochenen Krankenhauses, Claudia Niessen, hat wiederholt darum gebeten und darauf hingewiesen, dass bei Bedarf ein Schritt auf uns zugemacht wird.

Die Bereiche, die Sie in ihrer Fragestellung ansprechen, sind allesamt sehr wichtig, auch wenn es keinen Zusammenhang zwischen den Themen und den Ereignissen, die Sie ansprechen gibt. Sie machen mich ebenfalls sehr betroffen. Und obschon wir selbst nicht eingreifen dürfen, versuchen wir, dort, wo wir können, Abhilfe zu schaffen.

Die Frage, die man sich stellen muss, ist, was wir als Regierung und Parlament der DG zusätzlich zu dem, was wir bisher tun, konkret noch tun können. Im Rahmen von Kontrollsitzungen mit dem Zeigefinger darauf zu zeigen, gehört für mich nicht dazu, dass das Gesundheitsangebot gesichert, ausgebaut oder gar verbessert wird.

Ich habe in zahlreichen Interventionen im Parlament erläutert, welche Schritte die Regierung der DG unternimmt. Ich verweise deshalb auf die Antworten, die ich hier in der Vergangenheit bereits gegeben habe.

Die Schritte umfassen die Anerkennung von Ärzten sowie dem Personal, die Finanzierung der Infrastruktur und Ausstattung, die Finanzierung von Strategien und die Lobbyarbeit beim Föderalstaat.